

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Immobilien in Bayern gelten derzeit gemäß den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 928 Abs. 1 BGB) als herrenlos und sind als solche keine Nachlassimmobilien im Besitz des Freistaates Bayern, wie viele Mittel stehen derzeit für die Verwaltung und Betreuung staatlicher Nachlassimmobilien zur Verfügung, wie viele Nachlassimmobilien befinden sich länger als fünf Jahre im Besitz des Freistaates Bayern?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Vor dem Hintergrund des großen Widerstands aus Fachkreisen und der Bevölkerung gegen die diskutierte Ausweisung eines Nationalparks im Spessart frage ich die Staatsregierung, wie hoch schätzt sie den wirtschaftlichen Wert des Holzes auf dem Gebiet (ca. 100 Quadratkilometer) des diskutierten Nationalparks ein (gerundet auf 50 Mio. Euro), wie hoch würden die Investitionen aus Steuermitteln für Einrichtung und Betrieb eines Nationalparks Spessart in den nächsten zehn Jahren in etwa sein (ggf. Vergleichszahlen bzw. Erfahrungswerte abgeleitet aus den bisherigen beiden bayerischen Nationalparks) und welche Einschränkungen für die Holzwerbung durch Privatpersonen (Rechtler) sind im Falle einer Ausweisung eines Nationalparks auf dem betroffenen Gebiet zu erwarten?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche notwendigen Veränderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach dem Jahr 2020 werden seitens der Staatsregierung gefordert, wie könnte in Zukunft sichergestellt werden, dass Tierhalter sowie soziale Aspekte wie der Arbeitsbedarf der Betriebe stärker in die Berechnung der Zahlungen einfließen und wie kann aus Sicht der Staatsregierung eine nachhaltige Legitimation der Mittel für die GAP erreicht werden, wenn aktuell schon eine maßvolle Erhöhung der Umschichtung abgelehnt wurde?

Inge Aures
(SPD)

Da mittlerweile wohl mehrere Entbindungsstationen in Bayern (z.B. das Geburtshaus Bamberg) vor der Schließung stehen, frage ich die Staatsregierung, um welche Entbindungsstationen es sich handelt und ob es seitens der Staatsregierung Fördermittel gibt,

damit die Hebammenversorgung in Bayern aufrecht erhalten bleibt?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, sind in dem im Dezember 2016 von der Regierungsmehrheit beschlossenen Bayerischen Integrationsgesetz die Interessen und Bedürfnisse von Staatenlosen berücksichtigt, wie können Staatenlose ihre Ansprüche auf Integration umsetzen und wie viele Staatenlose gibt es aktuell in Bayern?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist ihre Position zur beabsichtigten Auslagerung der Orthopädie und Toraxchirurgie des Bezirksklinikums Obermain in Kutzenberg (Landkreis Lichtenfels) durch den Bezirk Oberfranken, welche konkreten Voraussetzungen müssen erfüllt werden, um beide chirurgischen Abteilungen zur Wirtschaftlichkeit zu führen (Erhalt der beiden Abteilungen am Standort Kutzenberg), und wie beurteilt die Staatsregierung das bisherige Verfahren (nichtöffentliches Gutachten, nichtöffentliche Sitzungen, keine konkrete Prüfung von Alternativen, Entscheidungsdruck innerhalb von wenigen Tage etc.)?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Waldflächen in den drei fränkischen Regierungsbezirken größtmäßig in den letzten zehn Jahren entwickelt (getrennt nach Regierungsbezirken und Forstamtsbereichen sowie Eigentumsverhältnissen), wie haben sich die Holzvorräte im Verantwortungsbereich der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) in den drei fränkischen Regierungsbezirken in den letzten zehn Jahren entwickelt (getrennt nach Regierungsbezirken und Forstamtsbereichen) und wie viele Rechter wären auf einem möglichen Gebiet eines Nationalparks Steigerwald bzw. Spessart im Staatswald (BaySF) betroffen (getrennt für Steigerwald und Spessart)?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem in der Sitzung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 8. März 2017 vom Vertreter des zuständigen Staatsministeriums erläutert wurde, dass mit dem C-ITS Corridor-Projekt, an dem das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beteiligt sei, ein einheitlicher Standard entwickelt werden könne, der auch für den Zweck genutzt werden könnte, die Sicherheit im Straßenverkehr für Menschen mit Hörbehinderungen zu verbessern, frage ich die Staatsregierung, welchen Einfluss sie auf die genaue Ausgestaltung des C-ITS Corridor-Projektes hat, um sicherzustellen, dass die Thematik „Sicherheit von Menschen mit Hörbehinderungen im Straßenverkehr“ tatsächlich in diesem Projekt berücksichtigt wird, bis wann in dem vorgeschlagenen C-ITS Corridor-Projekt umsetzbare Ergebnisse für die im Ausschuss diskutierte Problematik zu erwarten sind und inwieweit dieses Projekt von der Staatsregierung als alternative Lösung für das grundsätzliche Problem, für mehr Sicherheit im Straßenverkehr für hörbehinderte Menschen zu sorgen, besser geeignet ist als ein Modellversuch wie im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drs. 17/15381 vorgeschlagen?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem Medien berichtet haben, dass die Bayerische Landesbank als gegenwärtige Besitzerin des Bildes „Das bunte Leben“ von Wassily Kandinsky nach Unterrichtung über Restitutionsansprüche durch die Nachfahren der ursprünglichen Eigentümerin, der Familie Lewenstein, und entgegen der Empfehlung des Direktors des Lenbachhauses in München, Matthias Mühling, sich anfänglich geweigert habe, den Fall vorbehaltlos vor die Limbach-Kommission zu bringen, weil sie - wie sie den Anspruchstellern schrieb - keine rechtlichen Ansprüche sehe, frage ich die Staatsregierung, ob ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Landesbankgremien damit befasst waren bzw. diese von der Landesbank im Voraus oder danach über die Ablehnung informiert wurden, ob die Verantwortlichen mit Konsequenzen wegen des Renommee-Verlustes und voraussichtlichen finanziellen Schadens durch die mit der Klage in New York entstehenden Anwaltskosten zu rechnen haben und welches weitere Vorgehen die Vertreterinnen und Vertreter der Staatsregierung in den Gremien der Landesbank den mit den Restitutionsansprüchen Befassten nahelegen werden?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Einrichtung einer streckenbezogenen Geschwindigkeitsbeschränkung im Sinne des § 45 Abs. 9 Nr. 6 der Straßenverkehrsordnung (StVO) wurden in den Jahren 2016 und 2017 in Unterfranken gestellt und wie viele davon wurden positiv beschieden (bitte Name der Gemeinde bzw. Stadt, Straßenummer, Art der zugrunde liegenden Einrichtung, z.B. Kindergarten oder Altenheim, Länge der eingerichteten Beschränkung bzw. Grund der Ablehnung nennen)?

Martina Fehlner
(SPD)

Da die Verlängerung der gymnasialen Schulzeit von acht auf neun Jahre eine Vielzahl von Anpassungen des Bildungswesens in Bayern erfordern wird, frage ich die Staatsregierung, welche baulichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Veränderungen (bitte personelle und allgemeine Veränderungen angeben), ergeben sich für den Regierungsbezirk Unterfranken (bitte für die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden und einzelnen Gymnasien jeweils gesondert angeben)?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht sie zu der in der „Main-Post“ vom 21. Februar 2017 postulierten Verweigerungshaltung des Zweckverbands Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) trotz Vorbehalte des Landesamtes für Umweltschutz (LfU) und der in meiner Schriftlichen Anfrage vom 28. Juli 2016 betreffend „Rückbau der Tiefbrunnen im Wasserschutzgebiet Hofstetten-West“ (keine Drucklegung) seitens der Staatsregierung getroffenen Feststellung: „Eine Weiterverwendung als Notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz bzw. als Grundwassermessstellen kommen nicht in Betracht ... Danach ist aus Sicht des vorsorgenden Grundwasserschutzes der Rückbau unerlässlich. Dies wurde dem Zweckverband Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) mit Schreiben des Landratsamtes vom 30.10.2015 mitgeteilt. Gleichzeitig wurde der Zweckverband aufgefordert, unter Beachtung des DVGW-Arbeitsblatts W 135 (Sanierung und

Rückbau von Bohrungen, Grundwassermessstellen und Brunnen) ein Rückbaukonzept zu erstellen.“, aus der Brunnengalerie Hofstetten Trinkwasser fördern zu wollen und trotz der vom Landratsamt Main-Spessart erfolgten Rückbauanordnung, den Rückbau nicht vollziehen zu wollen und eine erneute Prüfung auf Wasserförderung anzustreben, welche Konsequenzen zieht das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz aus der Rückbauverweigerung des FWM und gibt es Fristen, bis wann der nach der Anordnung der Landratsamtes Main-Spessart zu erfolgende Rückbau vollzogen werden muss?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt die sie den Vorschlag aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz zur Einführung eines Wettbewerbsregisters, wird dieser Vorschlag zur Einführung des Korruptionsregisters seitens der Staatsregierung unterstützt und wenn nein, welche anderen Möglichkeiten werden gesehen, damit öffentliche Auftrag- und Konzessionsgeber ihrer Pflicht nach dem geltenden Vergabegesetz nachkommen, vor Zuschlag zu prüfen, ob Ausschlussgründe, wie etwa Straftaten und andere Rechtsverstöße, bei einem potentiellen Auftragnehmer vorliegen?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass der Chemieunterricht aufgrund der neuesten Änderung der Fachober- und Berufsoberschulordnung (FOBOSO) in den Vorklassen der Fachoberschulen, Ausbildungsrichtung Sozialwesen, abgeschafft werden soll, welche anderen Formen der naturwissenschaftlichen Bildung werden in diesen Vorklassen angeboten und wie kann die Staatsregierung die naturwissenschaftliche Grundbildung in den FOS-Vorklassen auch weiterhin gewährleisten?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, vertritt sie weiterhin die Auffassung, dass zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen für das Tätigwerden des Landesgesetzgebers der vorherige Erlass eines Bundesgesetzes, das die Grundsätze der Ablösung regelt, erforderlich ist, nachdem die Bundesregierung festgestellt hat, dass es den Bundesländern freistehe, „einernehmlich mit den Kirchen die Staatsleistungen zu verändern und neue Rechtsgrundlagen zu schaffen“ und dem auch das Verfassungsrecht nicht entgegenstehe, wenn ja, wie begründet die Staatsregierung ihre Rechtsauffassung und welche Ergebnisse hinsichtlich der durch die Staatsregierung angestrebten vollständigen Ablösung der Staatsleistungen ergaben die Gespräche, die diesbezüglich mit der katholischen Kirche seit 2011 geführt wurden?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mobile Reserven waren an den Pflichtschulen in Bayern am 1. Februar 2017 im Einsatz, wie viele davon schon seit Schuljahresbeginn und wie viele davon seit 1. Dezember 2016?

Harald Güller
(SPD)

Da die Verlängerung der gymnasialen Schulzeit von acht auf neun Jahre eine Vielzahl von Anpassungen des Bildungswesens in Bayern erfordern wird, frage ich die Staatsregierung, welche baulichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Veränderungen

(bitte personelle und allgemeine Veränderungen angeben), ergeben sich für den Regierungsbezirk Schwaben (bitte für die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden und einzelnen Gymnasien jeweils gesondert angeben)?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Bezugnehmend auf die kurzfristige Räumung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld am Freitag, den 10. März 2017 als Folge eines fehlenden Funkkontakts zu einer indischen Passagiermaschine, frage ich die Staatsregierung, ob außer dem Atomkraftwerk weitere sicherheitsrelevante Einrichtungen bzw. Unternehmen in Bayern evakuiert wurden, welche Kriterien bei der Evakuierungsentscheidung angewendet werden und warum andere potenzielle Anschlagziele (Bahnhöfe, Flughäfen, Hochhäuser etc.) nicht evakuiert wurden?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe (aufgegliedert nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben) von 2.000 bis jetzt im Allgäu verändert (aufgelistet nach Ober-, Unter-, Ostallgäu und Landkreis Lindau – Veränderung pro Jahr) und wie viele landwirtschaftliche Betriebe (aufgegliedert nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben) gibt es derzeit noch im Allgäu (aufgelistet nach Ober-, Unter-, Ostallgäu und Landkreis Lindau) und wie sieht die Staatsregierung die Entwicklung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft im Allgäu?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was genau wurde am Freitag, den 10. März 2017, vormittags an den Atomkraftwerksstandorten Isar I und II, Gundremmingen, Grafenrheinfeld und am Forschungsreaktor Garching unternommen, als wegen eines Flugzeugs Alarm beim Kernkraftwerk Grafenrheinfeld ausgelöst wurde, was sollte damit jeweils erreicht werden und spielten Überlegungen zur Verhinderung von Binnenangriffen eine Rolle?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, für welche Sportstätten gilt die im Jahr 2013 eingeführte erweiterte Bestandsschutzregelung, mit der auch dem Grunde nach nicht förderfähige Flächen, da diese über den schulischen Bedarf hinausgehen, bei der Förderung der Sanierung berücksichtigt werden, gilt diese Bestandsschutzregelung auch bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und welche Kommunen konnten bei einer solchen Förderung nicht berücksichtigt werden, da sie nach der Absenkung der laut Schulbauverordnung grundsätzlich erforderlichen 60 Sportklassen auf nun lediglich 40 Sportklassen diese Anzahl an Klassen auch nicht erreicht haben?

Günther Knoblauch
(SPD)

Da die Verlängerung der gymnasialen Schulzeit von acht auf neun Jahre eine Vielzahl von Anpassungen des Bildungswesens in Bayern erfordern wird, frage ich die Staatsregierung, welche baulichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Veränderungen (bitte personelle und allgemeine Veränderungen angeben) ergeben sich für den Regierungsbezirk Oberbayern (bitte für die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden und einzelnen Gymnasien jeweils gesondert angeben)?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie vielen Einsprüchen bezüglich der FFH-Feinabgrenzungen (FFH = Fauna-Flora-Habitat) wurden von ihrer Seite stattgegeben (Auflistung nach Regierungsbezirken), wie viele Bürger haben gegen die Umsetzung der FFH-Feinabgrenzung geklagt und sind durch die Feinabgrenzung noch zusätzliche FFH-Flächen hinzugekommen, die bisher nicht erfasst waren (ggf. bitte auflisten)?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Pflegeplätze ausschließlich für vertraglich abgesicherte Kurzzeitpflege in Bayern in den letzten fünf Jahre entwickelt, wie hat sich die Anzahl der eingestauten Kurzzeitpflegeplätze in Bayern in dieser Zeit entwickelt und wie hat sich die Gesamtzahl der Kurzzeitpflegeplätze insgesamt in Bayern die letzten fünf Jahre entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken)?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, für wie viele Wohnungen in Bayern wurden 2016 Baugenehmigungen erteilt und für wie viele Wohnungen wurden Genehmigungsverfahren abgeschlossen (aufgeschlüsselt nach Baugenehmigungen und Genehmigungsverfahren)?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann werden die aktuellen Zahlen der bundesweiten Straßenverkehrszählung 2015 vorliegen und in welchem folgenden Zeitraum wird mit aussagekräftigen Folgerungen für eine Prüfung einer eventuellen Tonnagebegrenzung in der Ortsdurchfahrt Bindlach der Staatsstraße 2460 (ehemals Bundesstraße 2) zu rechnen sein?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse haben aktuell die Regierung der Oberpfalz als Sparkassenaufsicht sowie die Prüfungsstelle des Bayerischen Sparkassenverbandes über die von der Sparkasse Regensburg durchgeführte Vergabe eines Kontokorrentkredits zu einem Zinssatz von 0,6 Prozent an den Regensburger Bauunternehmer Volker Tretzel, der zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Verwaltungsrats der Sparkasse war, wie beurteilen die genannten Institutionen diese Kreditvergabe hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit, und welche weiteren bayerischen Sparkassen haben einen sogenannten Kreditausschuss eingerichtet, der anstelle des Verwaltungsrates Entscheidungen über die Vergabe hoher Kredite trifft?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche monetären Mittel würden im Bereich der Direktzahlungen beim Kompromiss des Bundesrates (Erhöhung der Umschichtung auf 6 Prozent) in Bayern in die zweite Säule umgeschichtet (bitte Darstellung bayernweit und aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, auch unter Berücksichtigung der Zuschläge für die ersten Hektare), welche monetären Mittel würden durch die maßvolle Umschichtung zusätzlich in die zweite Säule nach Bayern fließen (nach dem derzeitigen Verteilungsschlüssel der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – GAK) und welche monetären Auswirkungen hätte die erneute Einfüh-

rung der sogenannten Anreizkomponente im Bereich der Agrarumweltprogramme (Kulturlandschaftsprogramm – KULAP und Vertragsnaturschutzprogramm – VNP)?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr bei der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage vom 19. Dezember 2016 betreffend der „Errichtung eines Ausbildungsstandortes der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Freyung“ mitgeteilt hat, dass in Nürnberg und Königsbrunn Unterkunftsgebäude für jeweils rund 12 bzw. 11,5 Mio. Euro errichtet werden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Polizeidienststanwärterinnen und –anwärter in den jeweiligen Gebäuden untergebracht werden können, wieviel Quadratmeter Nutzfläche das Gebäude hat und wie groß der Bruttorauminhalt bezogen auf die Baukosten ist?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen Messstellen der Wasserrahmenrichtlinie lagen in den letzten drei Jahren die Wasseranalysen in den Landkreisen Würzburg Lan und Main-Spessart beim Nitratwert über 25 mg/l bzw. über 40 mg/l, an welchen Messstellen der Wasserrahmenrichtlinie wurden in den letzten drei Jahren in den Landkreisen Würzburg und Main-Spessart Pflanzenschutzmittel (PSM)-Werte über 0,1µ/l festgestellt (bitte genauen Wert angeben) und um welche Pflanzenschutzmittel handelte es sich jeweils?

Verena Osgyan
(GRU)

Anlässlich des Equal Pay Day am 18. März 2017, frage ich die Staatsregierung, wie hoch der aktuelle bereinigte und nicht-bereinigte Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern (Gender Pay Gap) in Bayern und – falls bekannt – im gesamten Bundesgebiet ist?

Kathi Petersen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was weiß sie über den Verbleib der aus Bayern nach Afghanistan abgeschobenen Asylsuchenden, welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die aktuelle Situation von Atiqullah Akbari und wie bewertet sie die Abschiebungen nach Afghanistan vor dem Hintergrund, dass Atiqullah Akbari zwei Wochen nach seiner Abschiebung aus Bayern, Opfer eines Selbstmordattentats in Kabul geworden ist?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schüler und Schülerinnen eines Abiturjahrganges nehmen in Bayern ein Studium auf (bitte unter Verwendung der aktuellsten Zahlen, Angabe auch in Prozent), wie viele Studierende (bezogen auf Erstsemester) kommen zur Aufnahme eines Studiums nach Bayern (bitte unter Verwendung der aktuellsten Zahlen) und wie viele Studierende (bezogen auf Erstsemester) wandern für ein Studium in ein anderes Bundesland bzw. EU-Land ab (bitte unter Verwendung der aktuellsten Zahlen)?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD)

Da die Verlängerung der gymnasialen Schulzeit von acht auf neun Jahre eine Vielzahl von Anpassungen des Bildungswesens in Bayern erfordern wird, frage ich die Staatsregierung, welche baulichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Veränderungen (bitte personelle und allgemeine Veränderungen angeben) erge-

ben sich für den Regierungsbezirk Oberfranken (bitte für die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden und einzelnen Gymnasien jeweils gesondert angeben)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Formen der Kooperation im Bereich Umwelt- und Naturschutz bestehen seit wann zwischen Bayern und Baden-Württemberg und welche Formen der Kooperation in diesen Feldern sind zwischen den beiden Bundesländern geplant?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse (Veranstaltungsort, Teilnehmerzahl, besondere Vorkommnisse) über von Reichsbürgern in Bayern geplante Seminare – Stichtag 1. März 2016 – liegen der Staatsregierung vor?

Georg Rosenthal
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bayerische Landesbank als aktuelle Besitzerin von Wassily Kandinskys Kunstwerk „Das bunte Leben“, welches derzeit im Münchner Lenbachhaus ausgestellt wird, zuerst weigerte, die für NS-Raubkunst zuständige deutsche Limbach-Kommission anzurufen und so die Besitzansprüche der Familie Lewenstein unabhängig prüfen zu lassen, was unter anderem zur Folge hatte, dass nun auch zum Schaden des Freistaates Bayern in den USA Klage gegen die Landesbank eingereicht wurde, frage ich die Staatsregierung, aus welchem Grund das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat nicht früher reagiert und so die Chance genutzt hat, einen großen NS-Raubkunstfall selbst zu lösen, sondern die Washington Principles nicht ernst genommen und stattdessen einen langjährigen und kostenintensiven Prozess riskiert hat?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Aus Anlass des Beschlusses des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (BayVGH) vom 27. Februar 2017 (Az.: 4 N 16.461) in der Normenkontrollsache des Herrn Dr. S. E. aus München gegen die Gemeinde Inzell wegen der Gültigkeit der Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde Inzell (Informationsfreiheitsatzung) frage ich die Staatsregierung, ob sie das Obiter Dictum des BayVGH in seinem Beschluss teilt, dass angesichts der Überschneidung von landes- und ortsrechtlicher Normierung der Auskunftsanspruch nach Art. 36 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) als abschließende Regelung Sperrwirkung sowohl für zukünftige als auch für bereits existierende Satzungsregelungen der Kommunen entfalten und damit unter dem Gesichtspunkt des rechtsstaatlichen Gesetzesvorrangs zur Unwirksamkeit der Informationsfreiheitsatzung der Gemeinde Inzell führen könnte, folgt nach dem Dafürhalten der Staatsregierung aus der kommunalen Organisationshoheit weiterhin die Befugnis der Kommunen zur Vermittlung erleichterter Informationszugangsrechte und welchen Ratschlag gibt die Staatsregierung den Kommunen für die Ausgestaltung der Ablehnungs- oder Ausschlussgründe in kommunalen Informationsfreiheitsatzungen, um die Satzungen wegen behaupteter Mängel der Verhinderung von Grundrechtseingriffen (Übermittlung von personenbezogenen Daten, Verletzung von Betriebs- und Geschäfts-

geheimnissen) rechtlich nicht angreifbar zu machen bzw. das Risiko einer solchen Angreifbarkeit zu minimieren?

Franz Schindler
(SPD)

Da über den Stand der Umsetzung der Ankündigung, Teile des Landesjugendamts nach Schwandorf zu verlagern, verschiedene Meldungen kursieren und in der Presse über einen „Eiertanz um das Landesjugendamt“ gesprochen wird, frage ich die Staatsregierung, ob die Sondierung des Mietmarktes in Schwandorf abgeschlossen ist und falls ja, mit welchem Ergebnis und ob die Absicht besteht, für das neue Amt auf dem von der Stadt angebotenen Grundstück ein eigenes Gebäude für die Unterbringung des Landesjugendamtes zu errichten ?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der konkrete Sachstand im Hinblick auf die geplante Errichtung eines Bayerischen Landesamts für Schule in Gunzenhausen (Gebäude, Organisation, Zeitplan, Kosten), aus welchen Behörden stammt konkret das dorthin zu verlegenden Personal (bitte konkret die Nennung der fränkischen Behörden, die von der der Verlagerung betroffen sind sowie die Anzahl der Stellen die nach Gunzenhausen verlegt werden) und welche Vor- und Nachteile für die Organisation sieht die Staatsregierung in der Verlagerung?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Nachdem der Umgang mit staatlichen Fördergeldern mit größter Sorgfalt geschehen muss und mögliche Unklarheiten bei der Verwendung aufgeklärt werden müssen, frage ich die Staatsregierung, war in der geförderten Sanierungsmaßnahme des Neuen Schlosses Pappenheim die Sanierung der altmühlseitigen Fassade enthalten, war die südseitige Fassade enthalten und welche Teile davon sollten jeweils konkret saniert werden?

Katharina Schulze
(GRU)

Vor dem Hintergrund, dass der Schwerpunkt der Fachstelle Ufuq.de (<http://www.ufuq.de/>) innerhalb des bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus – laut der entsprechenden Homepage (www.antworten-auf-salafismus.de) – „ auf der Fortbildung und Beratung von pädagogischen Fachkräften und anderen Verantwortlichen, die mit Jugendlichen arbeiten“, liegt, frage ich die Staatsregierung, inwiefern andere Akteure – insbesondere das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) bzw. die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) – derzeit im Bereich der Islamismus- bzw. Salafismusprävention speziell in der Beratung und Fortbildung von Schulen bzw. pädagogischen Fachkräften aktiv sind und wie viele Beratungs- bzw. Fortbildungsveranstaltungen an Schulen bzw. für Lehrkräfte oder pädagogische Fachkräfte von den einzelnen Akteuren (BayLfV bzw. BIGE sowie Deradikalisierungsnetzwerk bzw. Ufuq.de) seit Anfang 2016 durchgeführt wurden (bitte Datum, Ort und Teilnehmerzahl der einzelnen Veranstaltungen auflisten) und warum - sollte es zu derartigen Beratungs- bzw. Fortbildungsveranstaltungen gekommen sein oder diese geplant sein – das BayLfV bzw. die BIGE in dem klar umrissenen Aufgabenbereich des „Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ ebenfalls aktiv sind?

- Stefan Schuster**
(SPD) Da die Verlängerung der gymnasialen Schulzeit von acht auf neun Jahre eine Vielzahl von Anpassungen des Bildungswesens in Bayern erfordern wird, frage ich die Staatsregierung, welche baulichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Veränderungen (bitte personelle und allgemeine Veränderungen angeben), ergeben sich für den Regierungsbezirk Mittelfranken (bitte für die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden und einzelnen Gymnasien jeweils gesondert angeben)?
- Gisela Sengl**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, beurteilt sie die Kriterien Herkunft, Haltung und Schlachtung als Qualitätskriterien für Fleisch, wenn nein, warum nicht und wenn ja, welche Maßnahmen hält die Staatsregierung für geeignet, die Qualität von Fleisch zu sichern und zu verbessern?
- Kathrin Sonnenholzner**
(SPD) Nachdem die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, am 18. August 2015 laut Pressemitteilung ein Projekt für sozialpädagogische Begleitung in der Altenpflegeausbildung startete, frage ich die Staatsregierung, welche Erfahrungen es mit diesem Projekt gibt und ob an eine flächendeckende Etablierung dieser Betreuung gedacht ist?
- Claudia Stamm**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrerinnen und Lehrer sind – in Vollzeitäquivalenten – im laufenden Schuljahr an allgemeinbildenden staatlichen Schulen in Bayern beschäftigt, wie viele waren es im Schuljahr 2008/2009 und wie hat sich die Schülerinnen/Schüler-Lehrkräfte-Korrelation in diesen Schulen seit dem Schuljahr 2008/2009 in exakten Zahlen bis heute entwickelt?
- Rosi Steinberger**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche Straßenbauprojekte wurden in den letzten fünf Jahren in Bayern nach Art. 13f des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) mit welchen Fördersätzen gefördert und wie hoch sind die Mittel, die jährlich für die Förderung nach Art. 13f FAG in Bayern zur Verfügung stehen?
- Florian Streibl**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, auf wie viele Fälle von Gesichtshüllungen würde der am 21. Februar 2017 vom Kabinett beschlossene Entwurf eines Gesetzes über Verbote der Gesichtshüllung in Bayern jeweils in den betroffenen Bereichen öffentlicher Dienst, Hochschulen, Schulen, Kindergärten, allgemeine Sicherheit und Ordnung sowie Wahlen nach derzeitigem Kenntnisstand überhaupt Anwendung finden, wie bewertet die Staatsregierung den Vorwurf, der Gesetzentwurf sei u.a. aufgrund der geringen Zahl von Betroffenen reine Symbolpolitik und weshalb werden ggf. keine muslimischen Vertreterinnen und Vertreter bei der Verbändeanhörung beteiligt?
- Reinhold Strobl**
(SPD) Vor dem Hintergrund, dass nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbunds 30 Prozent der Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst im Bereich der Zuständigkeit der einzelnen Staatsministerien befristet sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Personen im Bereich welcher Staatsministerien (bitte Angabe absoluter Zahlen und in Prozent) und unterteilt nach den verschiedenen Behörden nur einen befristeten Arbeitsvertrag haben?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit ist der Aufbau der integrierten Lehrerreserve an den Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen vorangeschritten (bitte für die einzelnen Schulararten in absoluten Zahlen und in Prozent ausdrücken)?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde das abgeschaltete Atomkraftwerk Grafenrheinfeld am Freitag, den 10. März 2017 als Folge eines fehlenden Funkkontakts zu einer indischen Passagiermaschine geräumt, haben die Sicherheitsbehörden in Deutschland Zweifel an der Integrität des Sicherheitsbehälters und des darin befindlichen Abklingbeckens für abgebrannte Brennelemente und/oder an der Integrität der Zwischenlagerhalle (Castorhalle) für abgebrannte Brennelemente, wurden außer dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld weitere sicherheitsrelevante Einrichtungen bzw. Unternehmen in Bayern evakuiert?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit einer Bekanntmachung von allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Bayerischen Integrationsgesetz vom 13. Dezember 2016 zu rechnen, welches Staatsministerium erlässt die Verwaltungsvorschriften zum Bayerischen Integrationsgesetz und mit welchen anderen Staatsministerien hat sich das zuständige Staatsministerium ins Benehmen oder Einvernehmen zu setzen?

Angelika Weikert
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass die Auszahlung von Fördergeldern durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales an die Anbieter niedrigschwelliger Beratungsangebote oft erst im Herbst bzw. zum Jahresende erfolgt, wodurch sich viele Fachstellen in ihrer Existenz bedroht sehen, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, damit die Fördergelder deutlich früher ausgezahlt werden, welchen konkreten Termin für die Auszahlung der Fördergelder die Staatsregierung anstrebt und wie die beschleunigte Auszahlung der Fördergelder noch für 2017 sichergestellt werden kann?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Da die Verlängerung der gymnasialen Schulzeit von acht auf neun Jahre eine Vielzahl von Anpassungen des Bildungswesens in Bayern erfordern wird, frage ich die Staatsregierung, welche baulichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Veränderungen (bitte personelle und allgemeine Veränderungen angeben) ergeben sich für den Regierungsbezirk Niederbayern (bitte für die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden und einzelnen Gymnasien jeweils gesondert angeben)?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Landkreis Dingolfing-Landau bereits seit einiger Zeit den Wunsch nach einer eigenen Fachoberschule (FOS) hegt, frage ich die Staatsregierung, wie haben sich die Schülerzahlen in dieser Hinsicht in den Jahren von 2014 bis 2016 entwickelt, wie werden sich die Schülerzahlen in den nächsten Jahren voraussichtlich entwickeln und gibt es bereits andere Landkreise, die eine ähnliche Entwicklung der Schülerzahlen aufweisen und eine eigene FOS besitzen?

Margit Wild
(SPD)

Da die Verlängerung der gymnasialen Schulzeit von acht auf neun Jahre eine Vielzahl von Anpassungen des Bildungswesens in Bayern erfordern wird, frage ich die Staatsregierung, welche baulichen, pädagogischen und schulorganisatorischen Veränderungen (bitte personelle und allgemeine Veränderungen angeben) ergeben sich für den Regierungsbezirk Oberpfalz (bitte für die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden und einzelnen Gymnasien jeweils gesondert angeben)?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unfälle gab es auf der Autobahn (A) 8 auf dem Streckenabschnitt zwischen Leipheim und München seit dessen dreispurigem Ausbau (bitte aufschlüsseln nach Unfall mit Getöteten, Unfall mit Schwerverletzten, Unfall mit Leichtverletzten, Unfall mit Sachschaden), welche Ursachen hatten diese erwähnten Unfälle und welche Handlungsmöglichkeiten hat der Freistaat Bayern, um dem entgegenzuwirken?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr Informationen zu wiederholter homophober Gewalt in einem Münchner Innenstadt-Club vorliegen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen sie plant, dagegen vorzugehen?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann startet der im Bericht zum Beschluss des Landtags vom 16. Juli 2015 (Drs. 17/7650) angekündigte Pilotversuch zum Einsatz mobiler Sichtschutzwände bei Unfällen auf Autobahnen, welche Autobahnmeistereien wurden dafür ausgewählt und wie viele Sichtschutzwand-Systeme wurden für den Pilotversuch beschafft?